

München, 10. Juni 2010

**Protestnote: Dr. h. c. Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, fordert Iran zur Freilassung von sieben zu Unrecht Inhaftierten Bahá'í auf**

Protestnote an seine Exzellenz den Botschafter der Islamischen Republik  
Iran Ali Reza Sheikh Attar,

seit nunmehr über zwei Jahren hält der Iran sieben unschuldige Bahá'í im Evin-Gefängnis gefangen. Das ist Ausdruck einer menschenunwürdigen Ungerechtigkeit. Ich fordere Sie auf, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um bei der Regierung Ihres Landes auf die sofortige Freilassung von Fariba Kamalabadi, Jamaloddin Khanjani, Afif Naeimi, Saeid Rezaie, Mahvash Sabet, Behrouz Tavakkoli und Vahid Tizfahm zu drängen. Wenigstens aber sollten die Bahá'í gegen Kautionszahlungen bis zum Ende ihres Prozesses freigelassen werden.

Die Weltöffentlichkeit wird genau beobachten, ob dieser Prozess rechtsstaatlichen Standards entsprechend, gemäß den völkerrechtlichen Verpflichtungen offen und fair stattfindet.

Wie der Nationale Geistige Rat der Bahá'í in Deutschland berichtet, sind die Haftbedingungen, unter denen der Iran diese Frauen und Männer – darunter auch ein 77-jährigen Mann – festhält, menschenunwürdig und in höchstem Grade gesundheitsschädigend. Die Inhaftierten seien nach Geschlechtern getrennt in zwei Zellen inhaftiert – ohne Decken, geschweige denn Betten. Die übel riechenden und von Schimmel zerfressenen Zellen seien so klein, dass es ihnen schwer falle, sich darin zu bewegen. Sie hätten weder Frischluft noch Tageslicht. Und nur einmal pro Woche sei es ihnen erlaubt, sich für zwei Stunden an der Luft zu bewegen. Außerdem beschränke sich der Kontakt zu Familienangehörigen auf ein Telefonat in der Woche, das nicht länger als zehn Minuten dauern darf. Nur selten können ihre engsten Verwandten sie im Evin-Gefängnis besuchen, und auch dann nur meistens hinter einer Glasscheibe mit Telefon.

Solche Haftbedingungen stellen einen fortlaufenden Verstoß gegen jene völkerrechtlichen Verpflichtungen dar, denen sich auch die Islamische Republik Iran unterstellt hat. Somit ist es unter keinen Umständen zulässig, Menschen zu foltern oder grausamen, inhumanen und erniedrigenden Behandlungen und Strafen auszusetzen.

Sofern die Islamische Republik Iran der vielen Forderung aus der ganzen Welt, nach einer sofortigen Freilassung der sieben unschuldig Inhaftierten nicht nachkommt, sind zumindest die unverantwortlich harten Haftbedingen unverzüglich zu verbessern.

Ferner stelle ich fest, dass die katastrophale Lage der gesamten iranischen Bahá'í-Gemeinde, die unter einer laufend zunehmenden Zahl von willkürlichen Inhaftierungen, langjährigen Haftstrafen mit anschließenden Verbannungen, Beschlagnahmungen und Übergriffen selbst auf Kinder und Jugendliche in Schulen zu leiden hat, inakzeptabel ist.

